



LANDESJAGDVERBAND RHEINLAND-PFALZ E. V.

ANERKANNTER NATURSCHUTZVERBAND

Pressemeldung

14.09.2020

Unterstützung mit Vorbehalt

Um ein deutliches Zeichen der Solidarität im präventiven Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP) zu setzen, trägt der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. (LJV) letztmalig und unter sehr großem Vorbehalt das „Handlungsprogramm zur Reduzierung überhöhter Schwarzwildbestände und zur Absenkung des Risikos einer Ausbreitung von Tierseuchen“ mit. Gleichzeitig fordert der LJV seit Jahren eine Überarbeitung des Handlungsprogramms, der die Verantwortung für die Absenkung überhöhter Wildschweinbestände auf alle Beteiligten gleichermaßen verteilt.

Mit dem Auftreten der ASP in Deutschland ist die Gefahr eines Ausbruchs in Rheinland-Pfalz präsenter denn je. „Die ASP hängt wie ein Damoklesschwert deutlich über Rheinland-Pfalz. Es gilt nun mehr denn je, die Wildschweinbestände niedrig zu halten, um eine mögliche Ausbreitung der für Haus- und Wildschweine tödlichen Seuche nach Möglichkeit zu erschweren“, sagt LJV-Präsident Dieter Mahr. „Mit mehr als 100.000 Wildschweinen auf der Strecke im Jagdjahr 2019/2020 haben die rheinland-pfälzischen Jägerinnen und Jäger gezeigt, dass sie ihren diesbezüglichen Beitrag geleistet haben. Wir erfüllen die an uns adressierten Forderungen im gemeinsamen Handlungsprogramm. Die darin enthaltenen Bitten an Landwirtschaft und Behörden bleiben aber größtenteils unerfüllt. Das muss sich ändern.“

Seit mehr als zehn Jahren geben die Landesregierung, die Jagdverbände, die Bauern- und Winzerverbände, der Gemeinde- und Städtebund sowie der Landkreistag Rheinland-Pfalz das „Handlungsprogramm zur Reduzierung überhöhter Schwarzwildbestände“ gemeinsam heraus. „Leider sind zwei Drittel der dort aufgeführten Punkte direkt formulierte Forderungen an die Jägerschaft, während ein Drittel nur vorsichtig formulierte Bitten zur Prüfung von Maßnahmen an Landwirtschaft und Behörden sind“, klagt Präsident Mahr. Der LJV wünscht seit Jahren konkrete Forderungen an Bauern und Kommunen, die nie Eingang in das Handlungsprogramm gefunden haben. „Daher hat der Landesjagdverband beschlossen, im Angesicht des ASP-Ausbruchs in Deutschland, das gemeinsame Handlungsprogramm ein letztes Mal mitzutragen. Wir erwarten aber vom federführenden Umweltministerium, dass es – gemeinsam mit uns und den willigen Verbänden – noch in diesem Herbst einen neuen Ansatz entwickelt, um wirksam die Interessen der verschiedenen Akteure zusammenzuführen und die Verantwortlichkeit der wichtigen Schwarzwildbejugung auf viele Schultern zu verteilen.“

Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V.

Egon-Anheuser-Haus - 55457 Gensingen - Tel. 06727/89440 - Fax. 06727/894422
info@ljb-rlp.de - www.ljb-rlp.de

Günther Diether Klein, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, E-Mail: g.d.klein@ljb-rlp.de



LANDESJAGDVERBAND RHEINLAND-PFALZ E. V. ANERKANNTER NATURSCHUTZVERBAND

Der LJV fordert unter anderem von der Landwirtschaft, Anbauflächen für Mais und Raps zu verkleinern. Großanbauflächen sind mit jagdlichen Mitteln nicht mehr beherrschbar, Strukturvielfalt in der Feldflur, Bejagungsschneisen in übergroßen Schlägen und Bejagungsränder zum Wald erhöhen die Optionen für die Wildschweinjagd. Die fördertechnischen Voraussetzungen sind geschaffen, jetzt gilt es, sie zu nutzen! Des Weiteren fordert der LJV einen generellen Verzicht auf die Erhebung der Hundesteuer für geprüfte und brauchbare Jagdhunde. Denn Hundeführer investierten viel Zeit und Geld in die Ausbildung ihrer Jagdhunde, und ohne sie sei eine effektive Bejagung von Wildschweinen unmöglich. „Ihr Einsatz bei der Jagd ist nicht risikofrei, daher sollten sie nicht mit einer Hundesteuer zusätzlich belastet werden“, sagt LJV-Präsident Mahr. Im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht bei der Durchführung von großräumigen Bewegungsjagden fordert der LJV von den Behörden eine kostenfreie und unbürokratische Hilfe. So könnten von dort verkehrsregulierende Maßnahmen, wie Geschwindigkeitsreduktion und deren Überwachung sowie das kostenlose Aufstellen von Verkehrsschildern oder Straßensperrungen, übernommen werden. „Die Jägerinnen und Jäger übernehmen mit der privaten Jagdausübung Aufgaben zum Wohle der breiten Öffentlichkeit – vor allem bei der Wildschweinjagd. Diese Arbeit gehört unterstützt“, so Dieter Mahr.

„Der LJV und die rheinland-pfälzische Jägerschaft werden weiterhin alle erlaubten Mittel einsetzen, um intensiv Schwarzwild zu bejagen – das ist keine Frage“, betont Mahr. „Doch denken nicht wenige Pächter über die Kündigung ihrer Jagdpachtverträge nach, besonders in Regionen, in denen der rücksichtslose Maisanbau ohne jegliche Jagdschneisen die Bemühungen zur effizienten und tierschutzgerechten Jagdausübung konterkarieren.“

Der Landesjagdverband stehe selbstverständlich jederzeit für zielführende Gespräche und konstruktive Zusammenarbeit zur Verfügung, so Dieter Mahr. „Wir unterschreiben das Handlungsprogramm nicht deshalb, weil es so gut ist, sondern deshalb, um den Akt der gelebten Solidarität im gemeinsamen Kampf gegen eine bedrohliche Tierseuche zu bekunden.“

Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V.

Egon-Anheuser-Haus - 55457 Gensingen - Tel. 06727/89440 - Fax. 06727/894422
info@ljev-rlp.de - www.ljev-rlp.de

Günther Diether Klein, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, E-Mail: g.d.klein@ljev-rlp.de